

Schweiz

Lücken. Welche Lücken?

Die Armee brauche mehr Geld, um Ausrüstungslücken zu füllen, sagen die Militärfreunde. Herauszufinden, welches Material genau fehlt, ist aber gar nicht so einfach. *Eine Spurensuche von Christian Brönnimann*

Mit Lücken lässt sich gut politisieren. Die Energiewirtschaft warnt vor der «Stromlücke», die Hausärzte sehen eine «Versorgungslücke» unmittelbar bevorstehen, und den Armeefreunden bereiten seit Jahren «Ausrüstungslücken» Kopfzerbrechen. Unseren Truppen fehle das Material an allen Ecken und Enden. Deshalb müsse schleunigst mehr Geld her, so das eingängige Argument. Ansonsten drohe eine - «Sicherheitslücke».

Bei Verteidigungsminister Ueli Maurer ist das Argument genauso beliebt wie bei bürgerlichen Parlamentariern. «Unsere Truppen müssen vollständig ausgerüstet sein. Materialbestände sind zu erhöhen», schreibt Maurer in der

Ein «Mehrzweck-Antistruktursystem» könnte die Lücke bei der Abwehr von Fahrzeugen schliessen.

jüngsten Ausgabe des SVP-Blatts «Klar-text». Der Bundesrat solle Anfang nächsten Jahres ein zusätzliches Rüstungsprogramm vorlegen, um «erkannte Ausrüstungslücken» zu beheben, fordert die Sicherheitspolitische Kommission (SIK) des Nationalrats in einem kürzlich eingereichten Vorstoss.

Lückenhafte Angaben

Doch welche Lücken sind genau «erkannt»? SIK-Präsident Thomas Hurter konnte dazu bei der Präsentation des Vorstosses keine Auskunft geben. Diese Frage habe man nicht näher diskutiert. Und sowieso wolle man der Armee bei der Verwendung der Mittel Spielraum lassen, sagte er. Auch die Armee beantwortet keine Fragen zu fehlendem Material. Selbst die Bitte um eine detaillierte Übersicht über das vorhandene Material blockt ein Sprecher ab. Man erachte eine Auslegeordnung zum jetzigen Zeitpunkt «als nicht zielführend». Zuvor müsse man die Botschaft zur Weiterentwicklung der Armee abwarten, die Bundesrat Maurer mit fast zweijähriger Verspätung im Herbst vorlegen will.

Auch in den publizierten amtlichen Dokumenten wird der interessierte Bür-



Es herrscht eine gewisse Orientierungslosigkeit: Grenadiere mit getarnten Panzern auf dem Waffenplatz Bure JU. Foto: Keystone

ger nicht fündig. Im Armeebericht 2010 steht lediglich, es könnten «etwa zwei von sechs Brigaden *vollständig* ausgerüstet werden». An welchem Material es konkret mangelt, ist nur angedeutet. Bei der Infanterie zum Beispiel fehlten Fahrzeuge und «Übermittlungsmittel», ist zu lesen. Auch die öffentliche Kurzversion des Armee-Masterplans hinterlässt eine gewisse Ratlosigkeit. Zwar erfährt man, dass etwa mit dem Kauf eines «Mehrzweck-Antistruktursystems» die «beste-hende Lücke bei der Abwehr schwerer oder gepanzerter Fahrzeuge» geschlossen werden könnte. Jedoch wird auch aus dem Masterplan nicht ersichtlich, mit welcher Priorität und zu welchem Preis die Armee welche Lücke stopfen will.

Also blicken wir zurück auf die Evolution des Begriffs: Zum ersten Mal tauch-

ten die «Ausrüstungslücken» Anfang 2010 in der NZZ auf. Der Artikel trug den Titel: «Der Wunschzettel des Chefs der Armee» und thematisierte André Blattmanns Einschätzung des Zustands der Truppen. Die Dringlichkeit, die der Begriff vermittelt, verhalf ihm sodann rasch zu Popularität. «Die Ausrüstungslücken der Armee sind bereits heute frappant. Eine enorme Belastung» (CVP-Nationalrat Jakob Büchler) oder «Wir haben jede Menge Ausrüstungslücken, für die wir das Geld sehr gut brauchen können» (Ueli Maurer) sind beliebte Standardsätze, um mehr Geld für die Armee zu verlangen, ohne sich zu weit aus dem Fenster zu lehnen.

Man wird den Eindruck nicht los, dass selbst armeeintern eine gewisse Orientierungslosigkeit herrscht. Hinter vorge-

haltener Hand ist aus dem Verteidigungsdepartement zu hören, die Ausrüstungslücken seien «noch ein wenig volatil».

Nur eine Lücke ist unbestritten

Angesichts dieser Ausgangslage ist es ungewiss, ob die Armee überhaupt genügend beschaffungsreife Geschäfte parat hätte, um den Geldsegen der bürgerlichen Parlamentsmehrheit einzusetzen. Denn es geht um riesige Beträge. Allein mit dem neusten Vorstoss will die Sicherheitspolitische Kommission erreichen, dass die Armee nächstes Jahr zusätzlich zum normalen Rüstungsprogramm weitere 800 Millionen Franken ausgeben kann.

Eine Lücke gibt es, die kaum jemand bestreitet. Sie zu schliessen wäre relativ günstig. Es ist die «Wissenslücke».

Arzt posiert auf Facebook mit Bild eines amputierten Beins

Wieder lädt ein Schweizer Arzt ein makabres Foto in sozialen Medien hoch. Die Ärztevereinigung will sich nicht äussern und verweist auf ihre Ethikgrundsätze.

Christian Zürcher

Nachdem ein Arzt des Kantonsspitals Olten im Operationssaal mit blutverschmierten Kleidern und Faxen für ein Foto posierte und es bei Whatsapp als Profilfoto hochlud, zeigt sich: Solches Verhalten ist in Medizinerkreisen nicht unüblich. Ein anderer Arzt aus dem Inselspital Bern hatte ein ähnliches Bild auf Facebook aufgeschaltet. Es zeigte ihn mit einem amputierten Bein in der rechten und einem blutigen Messer in der linken Hand. Die Schnittstelle hatte der Herzspezialist mit einem schwarzen Quadrat unkenntlich gemacht.

Der betroffene Arzt habe sich erschrocken über die Kontaktaufnahme des TA gezeigt und das Bild umgehend auf Facebook gelöscht, sagt ein Sprecher des Inselspitals. Die Stellungnahme des Spitals fällt denn auch unmissverständlich aus: «Ein solches Bild gehört ganz klar nicht auf eine Social-Media-Plattform - selbst dann nicht, wenn wie im vorliegenden Fall nur die Facebook-Freunde dieses Bild sehen können.» Die hausinternen Social-Media-Richtlinien seien da eindeutig. Im dreiseitigen Papier heisst es unter anderem: «Handeln Sie auch im Internet respektvoll, ehrlich und höflich.» Und:

«Veröffentlichen Sie keine Bilder, deren Urheberrechte Sie nicht geklärt haben, und berücksichtigen Sie den Persönlichkeitsschutz der abgebildeten Personen. Veröffentlichen Sie nur Bilder und Texte, die Sie auch jederzeit Ihren Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeitenden oder Vorgesetzten zeigen würden.» Gleichzeitig führt das Spital an, der Fall betreffe das Inselspital als Institution nicht: Das Bild sei bereits 2010 im Ausland aufgenommen worden.

Die FMH, die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte, will zum Foto keine Stellung nehmen. Die eigene Standskommission werde erst aktiv, wenn eine Beschwerde eingegangen sei. Die Ärzteverbindung ist gegenwärtig daran, Empfehlungen für den Umgang mit sozialen Medien zu erarbeiten, und verweist im besagten Fall auf ihre Ethikgrundsätze. Diese besagen, die Würde des Patienten dürfe nicht beschädigt werden.

Galgenhumor gegen die Ängste

Offenbar fanden beide Ärzte bei ihren fotografischen Werken einen unterhalt-sam-makabren Mehrwert, der sie veran-lasste, die Fotos zu teilen. Die Bioethike-rin Katie Watson versuchte, in ihrer wis-senschaftlichen Arbeit «Gallows Humor in Medicine» (Galgenhumor in der Medi-zin) eine Antwort auf die Frage zu geben, wann dieser Humor akzeptabel sein kann. Der Klinikalltag, schreibt Watson, drehe sich nicht ausschliesslich um die Patienten. Auch die Ärzte haben Ängste und werden beinahe täglich mit Situati-onen konfrontiert, in denen ihnen das Lachen vergeht. Laut Watson sei Gal-

genhumor häufig ein akzeptabler Weg, diesen Momenten die Schärfe zu neh-men. Und darum, schliesst Katie Watson, sei dieser Galgenhumor manchmal nötig.

Doch die Wissenschaftlerin zieht auch scharfe Grenzen und schreibt, was nicht geht: Wenn der Witz zulasten von Patienten geht, wenn Ärzte sich über ihre Patienten lustig machen, dann be-steht die Gefahr, dass sie auch den Pati-enten oder die Patientin nicht mehr ernst nehmen.

Eine Frage der Kinderstube

Die Patientenschützerin und ehemalige Krankenschwester Margrit Kessler sagt zum Thema Ethik: «Das Verhalten im Operationssaal hat viel mit guter Kinder-stube zu tun.» Ähnlich äussert sich auch Social-Media-Expertin Andrea Iltgen von der Firma Xeit über den Umgang mit so-zialen Medien: «Was man von sich im In-ternet preisgibt, was man von sich pos-et, ist oft eine Frage des gesunden Men-schenverstands.»

Das Thema Ethik hat in den vergange-nen Jahren in der Medizin stark an Be-deutung gewonnen. Früher mussten die Medizinstudenten im Studium keine Ethikkurse belegen - heute sind diese Pflichtfächer. Ebenso erstellen die Spitä-ler Ethikrichtlinien, so auch das Inselspi-tal Bern. Das Spital veranstaltet zudem regelmässig Ethikvorträge mit anschlies-sender Diskussion. Da es sich bei den sozialen Medien gemäss dem Spitalspre-cher um ein relativ neues Phänomen handle, müsse das Problembewusstsein der Ärzte noch wachsen und in Diskus-sionen gefördert werden.

Armutsquote in der Schweiz ist gesunken

Jede 13. Person in der Schweiz hat 2012 ein Leben in Armut geführt. Das ent-spricht 590 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. 130 000 davon waren trotz Erwerbstätigkeit arm. Die Armutsquote hat sich nach den neusten Ergebnissen des Bundesamtes für Statistik (BFS) nicht wesentlich verändert. 7,7 Prozent der Wohnbevölkerung in Privathaushal-ten waren von Einkommensarmut be-troffen, gegenüber 7,4 Prozent im Vor-jahr. 2007 lag dieser Wert mit 9,3 Pro-zent noch deutlich höher.

Als arm gilt gemäss BFS, wer nicht ge-nügend Geld hat, «um die für ein gesell-schaftlich integriertes Leben notwendi-gen Güter und Dienstleistungen zu er-werben». 2012 lag die Schwelle für Ein-zelpersonen bei 2200 Franken pro Monat, für zwei Erwachsene mit zwei Kindern bei 4050 Franken. Besonders unter Armut leiden Alleinerziehende und alleinlebende Erwachsene. 2012 be-trug die Armutsquote in diesen Gruppen 16,5 respektive 17,9 Prozent. (SDA)

Nachrichten

Bürgerschaft Viele Doppelbürger geben französischen Pass ab

Der Zahl der schweizerisch-französi-schen Doppelbürger, die auf ihren fran-zösischen Pass verzichten, hat sich im Zeitraum 2012 bis 2013 verdoppelt. Das belegen offizielle Angaben aus Paris. Nachgefragt hatte die Vertreterin der Ausland-Franzosen in der Schweiz, Clau-dine Schmid. Die UMP-Parlamentarierin hat festgestellt, dass der Wunsch vieler Doppelbürger gewachsen sei, den Pass des Nachbarlandes abzugeben und dem Land den Rücken zu kehren. Sie ver-lange deshalb statistische Angaben dazu. Die Zahlen, welche die West-schweizer Zeitungen «La Tribune de Genève» und «24 Heures» gestern ver-öffentlicht haben, seien aufschlussreich, sagte die konservative Politikerin. Schmid vermutet, dass der verstärkte Steuerdruck auf die Schweiz und die geplante Revision des Erbschaftssteuer-abkommens viele ihrer Landsleute zum Handeln veranlassten. (SDA)

Kernkraft AKW Gösgen bezieht Uran aus Kanada statt aus Russland

Das AKW Gösgen bezieht sein Uran für die Brennstäbe künftig aus Minen in Kanada. Dies hat die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) entschieden, nachdem eine Lieferung aus Russland nicht mehr infrage gekommen war. Die beiden Schweizer AKW Gösgen und Beznau waren 2010 in die Kritik geraten, nachdem bekannt wurde, dass sie auf Umwegen über ihre Lieferanten teil-weise Uran aus der russischen Wieder-aufbereitungsanlage Majak bezogen hatten. Die Gegend um Majak gilt als verstrahlt. Die beiden AKW-Betreiber verzichteten danach auf weitere Lie-fierungen aus Russland. (SDA)

Tessin Gericht reduziert Strafe für Ex-Chef des Elektrizitätswerks

Das Tessiner Appellationsgericht in Locarno hat die Strafe für den ehemali-gen Direktor des Tessiner Elektrizitäts-werks AET, Reto Brunett, deutlich ge-mildert. Die Verurteilung wegen unge-rechter Amtsführung hat es aber bestä-tigt, wie es gestern mitteilte. Demnach erhielt der frühere Direktor der Azienda Elettrica Ticinese eine bedingte Frei-heitsstrafe von zwölf Monaten. Die erste Instanz hatte ihn im Februar 2013 zu einer teilbedingten Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verur-teilt, weil er den Kaufpreis für eine ma-rode Firma eines Freundes ungerecht-fertigt in die Höhe getrieben habe. (SDA)

Gesundheitswesen Zürich diplomiert die ersten Chiropraktiker der Schweiz

Medizinische Premiere in der Schweiz: Sechs Jahre nach der Schaffung des ers-ten Lehrstuhls Chiropraktik an der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich haben die ersten vier Studieren-den die eidgenössische Prüfung abge-legt, wie die Uniklinik Balgrist gestern mitteilte. (SDA)

Jenischen-Verband hat Geldprobleme

Die Radgenossenschaft, die Dachorgani-sation der jenischen Fahrenden, hat finanzielle Probleme. Ihr Präsident, Dani-el Huber, soll sich an den Finanzen des Verbandes bereichert haben. Dies berichtet die Zeitschrift «Beobachter». Demnach soll das Geld nur noch bis Ende August reichen, ab dann sei der Betrieb der Büros nicht mehr gesichert.

Grund dafür sind laut «Beobachter» die Machenschaften des Präsidenten Daniel Huber. Er soll sich auf verschie-dene Art und Weise unrechtmässig aus der Kasse bedient haben. So habe er sich eigenmächtig den Lohn erhöht und den gesamten Betrag bis Ende Mai in drei Tranchen bezogen. Zudem habe er in fünf Monaten rund 13 000 Franken Fahr-und Verpflegungsspesen sowie über 5000 Franken Überstundenentschädi-gung geltend gemacht. Insgesamt soll Huber 100 000 Franken vom Konto des Dokumentationszentrums bezogen ha-ben, das «die Interessen des jenischen Volkes in der Schweiz» wahren soll und vom Bund finanziert wird.

Huber hat gegenüber dem «Beobach-ter» nicht Stellung zu den Vorwürfen genommen, sondern eine Diffamie-rungskampagne vermutet. Er kündigte an, man werde die Probleme unter sich lösen. Allerdings soll er in den vergan-genen Wochen wenig Bereitschaft dazu gezeigt haben. Die Geschäftsführerin der Radgenossenschaft, die das Leit-gremium der Organisation über die fi-nanziellen Unregelmässigkeiten unter-richtet hatte, stellte er laut «Beobachter» per sofort frei. Auch dem Verwaltungsrat Jean François Gerzner habe er mit dem Rauswurf gedroht. (mcb)